

## **Das Europäische Sozialmodell**

### **Univ.Prof. Dr. Manfred Prisching**

### **Universität Graz**

#### **1 Einleitung**

Manche würden sagen, das „europäische Sozialmodell“ sei so etwas wie eine Fata Morgana – es gebe in Wahrheit nur *eine* Marktwirtschaft mit ihren Spielregeln, alles andere seien bloße Verirrungen, und zwar kostenträchtige und wachstumsschädigende Verirrungen. Andere bestreiten das: Es gebe sehr wohl so etwas wie ein „europäisches Sozialmodell“, auch wenn dieses diffuse Phänomen schwierig zu fassen und zu beschreiben ist. Es handele sich um ein besonderes Integrationsmodell, eine spezifische Art von Marktwirtschaft. Sie stelle eine Art von „common inspiration“ dar, und sie sei natürlich ein Teil der europäischen Identität, eine Identität, die eben nicht nur im kulturellen Erbe, sondern auch in einer besonderen „wirtschaftlichen Kultur“ zu finden sei. (vgl. etwa Chirac 1996; Baethge 2001; Giddens 2006)

Der Begriff des „europäischen Sozialmodells“ hat immerhin Eingang gefunden in die Sprache der Regierungen und der EU-Instanzen, in offizielle Papiere und in wissenschaftliche Studien. (Kaelble 2004, 31; Hopkins/Wincott 2006) Ein solches vermehrtes Auftreten des Begriffs im politisch-administrativen Milieu ist zwar noch kein hinreichender Existenzbeweis für das in Betracht stehende Phänomen; aber es gibt gute Gründe dafür anzunehmen, dass es sich nicht nur um eine reine politische Verschleierungstaktik oder eine einfache Legitimierungsstrategie handelt, die sich in der Konjunktur dieses Sprachgebrauchs ausdrückt; und mit diesen guten Gründen werden wir uns beschäftigen. Ich werde dies in drei Abschnitten tun: mit ein paar Bemerkungen zur Historie des europäischen Modells, mit einer Analyse seiner wesentlichen Elemente und mit ein paar Hinweisen zur Abgrenzung gegenüber dem „Gegenmodell“.

#### **2 Zur Historie des europäischen Modells**

Es würde sich empfehlen, bei einer Untersuchung der europäischen Wirtschaftskultur auf jene Jahrhunderte zurückzublicken, welche die europäische Moderne geformt haben; da eine derart ausgreifende Perspektive in diesem begrenzten Rahmen nicht entworfen werden kann, sind zumindest einige Hinweise auf den Verlauf des letzten halben Jahrhunderts angebracht; eingedenk

der Tatsache, dass ohne diese „Bilder“ oder „Paradigmen“, die in den letzten Jahrzehnten ein durchaus wechselvolles Schicksal aufgewiesen haben, ohne Berücksichtigung der „Pfadabhängigkeit“ der Entwicklung, keine wissenschaftliche Analyse gesellschaftlicher Prozesse stattfinden kann. (Kriechbaumer 1998; Abelshauser 2004)

## **2.1 Die Himmelsrichtungen**

Wir beginnen in der Nachkriegszeit, als die wirtschaftsordnungspolitische Orientierung einem so einfachen Schema folgte, dass es an Schlichtheit kaum zu unterbieten ist: Wir können — ein wenig ironisch — vom Modell der Himmelsrichtungen sprechen. Wir haben dabei die Zeit im Auge, als die Welt im Kalten Krieg geteilt war. Die Auffassung war verbreitet, es genüge, zwischen zwei Ordnungsmodellen zu unterscheiden: der Planwirtschaft des Ostens und der Marktwirtschaft des Westens. Dort die Apparatschiks und die Unterdrückung, hier der Wohlstand und die Freiheit. Wohlstand und Freiheit waren freilich Kategorien, die in den Anfangsjahren nach dem Weltkrieg eher eine Hoffnung als eine Erfahrung waren; zunächst musste man aus den Trümmern wieder eine halbwegs funktionsfähige Gesellschaft zusammenbasteln, und als das Wirtschaftswunder spürbar wurde, wagte man es ohnehin kaum zu glauben.

Zusätzlich zum einfachen Ost-West-Gegensatz verwies man für die deutschsprachigen Länder routinemäßig auf die stolze Tradition der „sozialen Marktwirtschaft“, fand aber im Übrigen wenig Veranlassung, an ihren Details herumzutüfteln. Eucken, Rüstow und Erhardt wurden verehrt, aber nur selten gelesen. Sonst genügte die Spaltung, die ihren sichtbaren Ausdruck im Eisernen Vorhang fand. Sie wurde noch durch die Nord-Süd-Spaltung ergänzt: Der Norden ist modern und reich, zumindest werde er es nach der Überwindung der Nachkriegs-Mangelwirtschaft sein, der Süden ist unterentwickelt. Oben die Autos, unten die „Bloßfüßigen.“ Damit war die Welt ziemlich übersichtlich geordnet, denn einfacher als nach den Himmelsrichtungen – West und Ost, Nord und Süd – geht es kaum. Das waren noch Zeiten.

## **2.2 Hintergrund-Stimmungen**

Freilich war die Welt in Wahrheit schon damals nicht so einfach gestrickt; der Ost-West-Gegensatz überlagerte in den Nachkriegsjahren gegensätzliche Stimmungen und Wirtschaftsvorstellungen, doch er trieb die jeweiligen Gefolgsleute, durch Gewalt, Angst oder Versprechen, in die Formation der einen oder der anderen Supermacht. Für Differenzierungen war wenig Platz. Dennoch gab es in den ersten Jahren des Wiederaufbaus in den westlichen Ländern starke *anti-kapitalistische* Stimmungen, auch bei den christlich-sozialen Parteien; man wollte mit dem wirtschaftlichen Geschehen nicht unmittelbar in jene „Vorkriegs-Normalität“ zurückkehren, die doch durch die Weltwirtschaftskrise — und damit eigentlich durch ein Versagen der ungebremsten

Märkte — gekennzeichnet war.<sup>1</sup> Also lag es auf der Hand, eine stärkere regulierende und überwachende Rolle für den Staat vorzusehen, um eine derart desaströse Krise — samt ihren noch desaströseren politischen Folgen — in Hinkunft zu vermeiden. Man hütete sich davor, sich im inneren Klassenkampf aufzutreiben oder soziale Gruppen in eine Situation zu treiben, in der sie nichts mehr zu verlieren hätten als ihre Ketten. Manchmal, ganz ein bisschen, selten genug, lernt man aus der Geschichte.

Man liebäugelte also im kapitalistischen Lager mit einem stärker interventionistischen System. Gleichzeitig setzten sich aber gleichzeitig Prozesse der *Amerikanisierung* durch, einerseits, weil gewisse Entwicklungen, auch technisch-organisatorischer Art, nachzuholen waren, die im Dreißigjährigen Krieg von 1618 bis 1648 in Mitteleuropa nicht umgesetzt worden waren; andererseits, weil entsprechende Praktiken und Spielregeln durch die westliche Besatzungsmacht gefördert und nahegelegt wurden. (Stephan/Vogt 2006; Lüdtke/Marssolek/Saldern 1996; Jarausch/Siegrist 1997) Es war nicht nur die Schokolade in den allerersten Jahren, es folgten dann ja auch Jazz und Jeans, Rock 'n' Roll, „Negermusik“, aber doch ein neues Lebensgefühl; schließlich Autos und andere Konsumgüter.<sup>2</sup> Der Westen verkörperte Modernität und Reichtum.

Der unerwartet rasche Erfolg der marktwirtschaftlichen Modelle — Marshall-Plan, Währungsreform, Wirtschaftswunder — ließ rasch die Überzeugung wachsen, dass an dem westlichen Modell des Wirtschaftens eher etwas dran sein musste als an den Planungskonzepten, die den benachbarten „Volksdemokratien“ oktroyiert wurden. Der Ankündigung, dass die Grenze zwischen den Lagern der Supermächte mit Stacheldraht gesichert werden musste, um jene Massen fernzuhalten, die aus dem Westen in den sozialistischen Osten flüchten hätten wollen, schenkte man doch weder im Westen noch im Osten Glauben. Bald gab es Geschichten, aus dem man einen „Mythos Österreich“ basteln konnte: Großglocknerstraße, Kraftwerk Kaprun, Europa-Brücke, LD-Verfahren. Nachdem der Schutt des Krieges beiseite geräumt war, begann man — zaghaft — wieder an die Zukunft zu glauben. Diese Zukunft sollte von einer „gezähmten Marktwirtschaft“ getragen werden.

Es war letztlich ein breiter politischer Konsens, der die pragmatische Konstellation von „gezähmten Märkten“ stützte und befürwortete. Auch wenn die ÖsterreicherInnen und Österreicher sich gerne attestieren, dass das Wirtschaftswunder in diesem Lande tatsächlich ein Wunder gewesen sein muss, darf man nicht vergessen, dass es in Österreich auch von einem „Politikwunder“ begleitet wurde, dem plötzlichen Überschwenken von einer bürgerkriegsträchtigen Situation in der

---

<sup>1</sup> Dazu kam noch ein anderes Unbehagen, denn man brachte das Großkapital besonders in Deutschland durchaus in einen gewissen Zusammenhang mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus. Das war nicht unberechtigt; erst spätere Untersuchungen sollten feststellen, dass der Nationalsozialismus eine nationale und sozialistische Strömungen auch in dem Sinne war, dass die Arbeiterschaft sich massenhaft dieser politischen Bewegung angeschlossen hat.

<sup>2</sup> Amerikanisierung erfolgte auch in einem sehr handfesten Sinne, als große Welle von Direktinvestitionen, wie sie Jean-Jacques Servan-Schreiber 1968 in seinem Buch über die „amerikanische Herausforderung“ beschrieb.

Zwischenkriegszeit zu einem kooperativen und friedlichen Miteinander nach dem Großen Krieg: ein Wunder, das meist unterschätzt wird. Das Wunder war freilich auch ein wenig teuer: Es bedeutete Doppelgeleisigkeit und Proporz, die ausgewogene Besetzung von Positionen mit Vertrauensleuten aus dem linken und dem rechten Lager, sorgfältig konzipierte Blockade-Strategien in Schul- und Bildungsbereich, eine gewisse lokale Handhabung verfassungsrechtlicher Vorschriften. In der politischen Lage der Nachkriegszeit handelte es sich aber wohl um ein notwendiges Balance- und Kontrollsystem; es erwies sich jedoch als ein derartig haltbares Provisorium, dass sich das politisch-administrative System bis heute schwertut, vom Proporzsystem wegzukommen.

Die Balance bedeutete auch einen permanenten Druck zur Konkordanz. Die Sozialpartnerschaft hat seit den fünfziger Jahren zur Verflechtung der großen Lager beigetragen, was einerseits Friedlichkeit bedeutete, andererseits nicht so selten eine Einigung der sozialen „Klassen“ zu Lasten eines Dritten, nämlich des Staates — insofern auch ein Rezept für die langfristige Überforderung der öffentlichen Kassen. Die Sozialpartner stellten gleichsam eine zweite politische Arena dar, eine informelle Plattform für Verhandlungen und Vereinbarungen. Politikwissenschaftler fanden das nicht unproblematisch, sie haben immer ihre Sorge darüber geäußert, dass ein Teil der staatlichen Funktionen in den informellen (und damit relativ undurchschaubaren) Bereich abgewandert ist. Aber die Verlagerung des Klassenkampfes an den Verhandlungstisch war dennoch ein großer Schritt. (Prisching 1996b)

Bei den Wählerinnen und Wählern war das Spiel endgültig in den sechziger Jahren gewonnen, als sie ihre Fernseher kauften und begannen, nach Lignano auf Urlaub zu fahren. Der Konsumismus wurde zur stärksten Ideologie, während die Reste fundamentalistischer Rechts- und Links-Ideologien zu versickern begannen. So lebte man immer besser: in einer Mentalität des Sichheraushaltens, im Gefühl weltweiter Beliebtheit (die Deutschen sind tüchtig, die Österreicher charmant); in einer Nische der Weltgeschichte.

### **2.3 Konvergenz-Ideen**

Man fand die ordnungstheoretischen Probleme in den fünfziger und sechziger Jahren auch deswegen wenig aufregend, weil in der Diskussion dieser Jahre *Konvergenz-Modelle* einflussreich waren. (Meißner 1969) Diese Modelle sagten eine Annäherung der großen Systeme voraus, einerseits eine gewisse marktwirtschaftliche Auflockerung des östlichen Systems, andererseits eine stärkere technokratische Rahmenplanung für das westliche System. In absehbarer Zeit würden die Sachzwänge somit in West und Ost für eine Art von Einheits-System sorgen, weil sich die Logik der Industriegesellschaft gegen jede Ideologie durchsetzen würde. Wenn die Experten eine „optimale“ Lösung errechnen können, dann hat die Politik ihre Aufgabe eingeübt.

In Österreich meinte man ohnehin, sich im Grunde in einer Art „Mittelposition“ zwischen den großen Systemen zu befinden, auf einem „dritten Weg“; und mit der Konvergenz von Rechts und Links müsste sich auf lange Sicht die ganze Welt dem österreichischen System annähern. Man muss zugeben: Der österreichische Minderwertigkeitskomplex<sup>3</sup> wird zuweilen durch einen versteckten Größenwahn – über die „Austrifizierung der Welt“ – ergänzt. Aber natürlich war die Vision vom gezähmten Markt ein „mittleres“ System, durch das eine Markt-Dynamik mit einem Leben in Sicherheit und Menschenwürde verbunden werden sollte. Es ist vielleicht nur ein bisschen übertrieben, wenn die Österreicher meinen: Was man heute unter dem Etikett des „europäischen Sozialmodells“ diskutiert, sei etwas, was jedenfalls in diesem Lande nichts Neues sei.

Wie immer auch: Die Konvergenz-Erwartungen in Bezug auf marktwirtschaftliche und planwirtschaftliche Systeme sollten nicht eingelöst werden und sind langsam versickert.<sup>4</sup> Mittlerweile ist das planwirtschaftliche Modell zerbrochen, und das marktwirtschaftliche Modell zeigt gewisse Radikalisierungstendenzen. Aber es waren über die Jahrzehnte der Zweiten Republik immer wieder auch gewisse Ideen einer Rahmenplanung in Westeuropa aktuell: Mit einer solchen Rahmenplanung war im allgemeinen nicht ein „echtes“ planwirtschaftliches Modell gemeint, da konnte Chruschtschow noch so plakativ mit seinen Schuhen auf das Rednerpult dreschen; denn nicht einmal die Marxistoiden der sechziger Jahre konnten die Vorzüglichkeit des sowjetischen Systems plausibel machen, ob es nun um Wohlstand oder um Gerechtigkeit ging. Die östlichen und südlichen Grenzen wurden im Laufe der Zeit ja etwas durchlässiger, und die ÖsterreicherInnen und Österreicher machten auch in diese Nachbarländer ihre touristischen Exkursionen; sie stellten fest, dass die Lebensmöglichkeiten in ihrem eigenen Land sehr viel besser waren. Es waren vielmehr moderate Steuerungsvorstellungen, die in verschiedenen westlichen Ländern in diesem halben Jahrhundert immer wieder aufkamen und die Vorstellungen eines dritten Weges immer wieder in die eine oder die andere Richtung ausdeuteten: in den sechziger Jahren etwa die französische *Planification*, in den siebziger Jahren *korporatistische* Mechanismen, in den achtziger Jahren waren viele von den *japanischen* Erfolgen (und der Steuerungskompetenz des MITI, des Super-Ministeriums) fasziniert. Die Planungsvorstellungen wurden häufig ergänzt durch übertriebene Interventionsvorstellungen; die interventionistischen „Macher“ beherrschten die Szene bis in die siebziger Jahre mit teilweise fantastisch überzogenen Ideen, die darauf zielten, mit etwas größeren Computermodellen den Wirtschaftsprozess vollständig in den Griff zu bekommen; sie mussten spätestens in den siebziger Jahren einige schwere Rückschläge hinnehmen.

---

<sup>3</sup> Es ist vielleicht wirklich kein Zufall, dass Alfred Adler, ein österreichischer Psychologe, den Minderwertigkeitskomplex erfunden hat. In Österreich traute man sich aus verschiedenen Gründen niemals zu, das zu erreichen, was man erreichte: wegen der Zerstörungen und Verwirrungen; wegen der Schuldgefühle; aber auch wegen eines anders gearteten Selbstbildes. Statistiken und Erfahrungen mögen die österreichische Erfolgsgeschichte belegen; gegen das Selbstbild von etwas schlampigen, freundlichen und lebenslustigen Österreicher kommen sie nicht an.

<sup>4</sup> Heutzutage gibt es allerdings neue Konvergenztheorien, im Zusammenhang mit der Globalisierung, die alle Länder dieser Erde gleich gestalten soll, teilweise auch im Zusammenhang mit der Europäisierung – insofern sind die Lebensgeister der Technokraten wieder erwacht.

## **2.4 Das Korporatismus-Rätsel**

Nachkriegszeit, Wirtschaftswunder, die Kulturrevolution der sechziger Jahre, weltwirtschaftliche Verschiebungen: Ende des Goldstandards, Öffnung der Finanzmärkte, EWG-EFTA-Integration. Der erste wirkliche Bruch in dieser erstaunlichen Nachkriegsentwicklung fand in den siebziger Jahren statt: Aus dem boomenden Wachstum trudelte man in die Wachstumskrise; aus der keynesianischen Steuerung, ja der proklamierten Feinsteuerung – „fine tuning“ – des Wirtschaftsprozesses geriet man unvermutet in das Steuerungsversagen der Stagflationsjahre; und das Bewusstsein unbegrenzter Expansion war plötzlich mit der Limits of Growth-Diskussion konfrontiert. Rien ne va plus, und es begann der Aufstieg jener Lehren, die als „neoliberal“ zu bezeichnen man sich angewöhnt hat.

Aber noch gab es in siebziger Jahren ein Zwischenspiel: ein verstärktes Interesse am System des „ausgehandelten Kapitalismus“ oder des „demokratischen Korporatismus“ – auf österreichisch: „Sozialpartnerschaft“. (Da waren etwa die Arbeiten von Schmitter, Lehmbruch, Katzenstein und anderen, und die vorher eher biederen Beschreibungen der kleinen Alpenwelt wurden nun auf ein theoretisches Niveau gehoben; Schmitter 1974; Schmitter/Lehmbruch 1979; Wilensky 1976; Katzenstein 1985; Lehmbruch/Schmitter 1982; Lehmbruch 2006) Als korporatistische Länder beschrieb man die skandinavischen Staaten, die Niederlande, die Schweiz, Deutschland mit gewissen Vorbehalten, zuweilen auch Japan, vor allem aber Österreich. Österreich war immer vorne. Wie immer man den Neokorporatismus auch theoretisch und empirisch zu definieren versuchte, es gab keinen Zweifel: Österreich war die Nummer eins auf der Liste.

Man rätselte darüber, warum korporatistische Systeme die krisenhaften siebziger Jahre vergleichsweise gut überstanden. In diesen Jahren eilten ausländische Delegationen herbei und trachteten zu erkunden, was sich hinter dem Rätsel des österreichischen Erfolges in den sechziger und frühen siebziger Jahren verbarg. Da gab es schon einiges, was sich berichten ließ: die frühen Preis-Lohn-Abkommen, die Paritätische Kommission, die Einheitsgewerkschaft und die Mitbestimmung. In den Krisenjahren kamen die Hartwährungspolitik und der Austrokeynesianismus hinzu, zusammen mit einigen historischen Zufällen. Institutionell gab es die interessante Kombination von privaten Verbänden und öffentlichen Körperschaften, sogar mit Pflichtmitgliedschaft; und politikstrategisch gab es die unterschiedlichsten wechselseitigen Instrumentalisierungen von Regierung und Sozialpartnern.

Warum das Ganze so gut verlief, konnten die Österreicher unglücklicherweise selbst nicht zufriedenstellend erklären: Es war „Erfolg ohne Konzept“, wie das der Wirtschaftsjournalist Jens Tschbull (1998) einmal nannte. Denn es ging um wechselseitige Bekanntschaften, ja Freundschaften, um Verlässlichkeit und Vertrauen, um ein gemäßigttes Politikverständnis und um starke Leitfiguren, um ein Überschreiten von Lagermentalitäten und um Handschlagqualität. Mit solchen „weichen“ Kategorien konnten besonders die Ökonomen wenig anfangen, auch wenn ihnen

gewisse Weinkeller-Anekdoten einleuchtend erschienen. Aber besonders das Informelle an der österreichischen Sozialpartnerschaft irritierte die ausländischen Beobachter, weil sich die Anekdoten nicht in ökonomische Variablen übersetzen ließen; und die sozialtechnologisch gemeinte Frage, wie man ein derartiges System in anderen Ländern „nachbauen“ konnte, musste natürlich unbeantwortet bleiben. (Streeck 1999)

Zugleich wissen wir: Es tritt nicht selten ein, dass es an den Höhepunkten einer Entwicklung bereits zu bröckeln beginnt, dass an der Rückseite der strahlendsten Gebäude schon der Verputz abblättert. Das war auch bei der Sozialpartnerschaft in ihrer klassischen Konfiguration der Fall. Denn es folgten die Jahre, in denen alle Institutionen, auch die Parteien und die Kirchen, ihre geschlossenen Gefolgschaften in Auflösung fanden. Langsam nahm man wahr, dass man verschiedene Probleme nicht gelöst, sondern nur verschoben hatte, nicht zuletzt in die öffentlichen Haushalte; und man trat in jene Epoche ein, in der die Überlastung des Staates problematisch zu werden begann. Im Wirtschaftsleben begann man, getrieben von einer weltweiten Welle, eine „Marktwirtschaft ohne Attribute“ irgendwie faszinierend zu finden.

## **2.5 Marktwirtschaft ohne Attribute**

Es folgte der zweite Bruch, am Ende der achtziger Jahre und in den neunziger Jahren, die „samtene Revolution“. Die bolschewistische Welt brach zusammen, und der Kapitalismus war der Sieger. Einige Defätisten meinten freilich, der Kapitalismus sei nicht der Sieger, sondern er sei bloß übrig geblieben, vorderhand.

In *Osteuropa* wurde die „reine“ Lehre vom Markt mit großem Selbstbewusstsein von amerikanischen Ökonomen empfohlen, jenen Ökonomen, die sich wenige Jahre später darüber wunderten, warum in den von ihnen beratenen Ländern partout kein dynamisch-selbsttragender Wachstumsprozess entstehen wollte, während zur gleichen Zeit unglaublich viele Villen an der französischen Südküste an Russen verkauft wurden. Das „Zwischenreich“ entwickelte sich besser: „Mitteleuropa“, jene Länder, die schon in ihrer Geschichte Europa zugewandt waren. Sie vermochten sich rascher mit den neuen Gelegenheiten zu arrangieren. Während die Tschechei mit ihrem wirtschaftlichen Systemwandel kaum ein Problem hatte, erwies sich dieser in Ländern wie der Ukraine als sehr schwierig, ja es ist noch immer unabsehbar, wann sich in den östlich gelegenen Ländern nachhaltige Wachstumsprozesse abzeichnen. Diese Erfahrungen waren wesentliche Anstöße dafür, dass sich die Wirtschaftswissenschaft in einem langsamen Prozess ihrer Horizont-Erweiterung mit der „Wirtschaftskultur“ zu befassen begann, ohne derlei Dinge fürderhin als bloßes Geschwätz von Historikern und anderen Humanwissenschaftlern abzutun.

In *Westeuropa* fand man in den achtziger Jahren die japanische Dynamik faszinierend, in den frühen neunziger Jahren die rasante Entwicklung der asiatischen Tigerstaaten, seit der Mitte der neunziger Jahre stehen die Vereinigten Staaten auf jenem Podest, dem man die beste wirtschaftli-

che Performanz zugesteht. Die amerikanische Wirtschaft hatte eine gute Dynamik und befriedigende Beschäftigungsverhältnisse aufzuweisen, während es mit der europäischen Wirtschaft nunmehr nicht so recht weitergehen wollte. Freilich gab es besondere Umstände für die besondere Belastung der europäischen Wirtschaft, wie etwa die deutsche Wiedervereinigung. Aber gerade großen Ländern, die Wachstumslokomotive Europas, wiesen in den neunziger Jahren über die Jahrhundertwende hinaus eine unbefriedigende Dynamik auf.

Immer öfter wurden Schwächen dadurch erklärt, dass es sich bei den Eigenheiten einer übertrieben „sozialen“ Marktwirtschaft um Inflexibilitäten und Sklerotizismen handle, die es den europäischen Ländern verwehrten, die Herausforderungen der Globalisierung offensiv anzunehmen. Man sah das westliche Modell in seiner spezifisch europäischen (und österreichischen) Ausprägung in anderem Licht — keynesianisch, interventionistisch, etatistisch, sozialstaatlich; und man sah es kritischer: makroökonomisches Steuerungsversagen, sozialstaatliche Überforderung und mannigfache Inflexibilitäten. Die Schutzfunktionen des Staates wurden immer mehr als Belastungen interpretiert. Es wurden die obrigkeitlichen Züge des Paternalismus hervorgehoben, und der Protektionismus schien auf die Verhinderung jedes unternehmerischen Handelns ausgerichtet.

Auch die Kritik wurde natürlich vielfach überzogen. Aber die *strikte* neoliberale Lehre lautete von nun an: „reiner Markt“ und nichts anderes. Ein Kanon von Ratschlägen folgte dieser Prämisse: mehr Flexibilität, geringere Löhne, Privatisierung und Deregulierung, weniger Vorschriften, weniger Bürokratie, Abbau des Sozialstaats, Rückzug des Staates. Die *gemäßigte* Lehre verkündete, nicht ganz zu Unrecht: *Ein bisschen mehr Liberalität könnte Österreich schon vertragen*. Denn tatsächlich kollidierte eine vergleichsweise geschlossene Nachkriegswelt — mit vielen „geschützten Bereichen“ — immer stärker mit postmodern-globalisierten Tendenzen. Es bedurfte radikaler Krisen, um eine Veränderung herbeizuführen. Prägend für die Erfahrungen in der Zweiten Republik wurde die Krise der Grundstoffindustrien; die Modernisierung der Verstaatlichten Industrie wurde erst durch Skandale durchsetzbar. Aber es war auch sonst eine — im Rückblick — kuriose Zeit, von der Zuckerwirtschaft bis zur Wohnbaubewirtschaftung: Wenn einige Ärzte gemeinsam eine Praxis eröffnen wollten, wurde ihnen unmissverständlich bedeutet, sie sollten sich am besten gleich direkt nach Moskau begeben. Dabei ähnelte auch hierzulande etwa die landwirtschaftliche Marktordnung fast bis in die neunziger Jahre ohnehin einem Kolchosensystem: Wenn ein Milchbauer die Idee hatte, einen eigenen Käse produzieren zu wollen, dann galt dies als unziemliche Verrücktheit, gegen die mit allen rechtlichen Mitteln vorzugehen wäre. Telefonschlüsse waren in das System staatlicher Gnadenakte eingeordnet. Und in vielen anderen Bereichen waren befreiende Auflockerungen überfällig. Sie haben mittlerweile vielfach stattgefunden und werden heute als Selbstverständlichkeiten betrachtet.

## 2.6 Ära der Kapitalismen

Der Umstand, dass es in den neunziger Jahren nur noch *ein* System der Wirtschaftsordnung und kein „Gegensystem“ mehr gab, schärfte den Blick insofern, als man Facetten der marktwirtschaftlichen Systeme zu entdecken und Typenbildungen vorzunehmen begann. Manche sprechen von den „Kapitalismen“ im Plural, manche lieber von „Varianten des Kapitalismus“. (Bornschiefer 2005)

Der Blick weitete sich auch in die Welt hinaus. Man stellte fest, dass Marktsysteme nicht von selbst in harmonische Konstellationen münden, denn in peripheren Regionen der Welt entdeckte man degenerierte Formen mehr oder minder marktwirtschaftlicher Systeme: einen *autoritären, tribalistischen, nepotistischen, mafïösen, korrupten Kapitalismus*. Auch diese Erkenntnisse machten deutlich, dass ein funktionierendes Marktsystem ein voraussetzungsreiches Gebilde darstellt; eine komplizierte, zu hegende Konstruktion, nicht einfach der natürliche Zustand der Welt.

Es war allerdings nicht immer leicht, sich darüber klar zu werden, welches die Vor- und Nachteile der jeweiligen marktwirtschaftlichen Varianten seien. Ein stilisiertes Vorbild war etwa *Japan* in der Phase seines Erfolges. Aber die Bücher, die uns den spezifisch japanischen, auch durchaus korporatistischen Kapitalismus nahelegten, wurden ziemlich plötzlich zu Ladenhütern, als Japans Wirtschaft in den Abgrund stürzte, und sie wurden von jenen Büchern abgelöst, die genau erklärten, warum der japanische Weg nie und nimmer hatte funktionieren können. Dann kamen andere Modelle: Man entdeckte plötzlich, dass die Niederländer ihr Beschäftigungsproblem gelöst hatten, und brauchte einige Jahre, um zu erkennen, dass dies vor allem durch eine Verlagerung zur Teilzeitbeschäftigung funktioniert hatte. Dann wieder zeigte man sich beeindruckt, dass die skandinavischen Staaten aus ihrer Wirtschaftskrise einen Ausweg gefunden hatten, ohne ihre Sozialstaatlichkeit aufzugeben: Norwegen, Schweden, Finnland, Dänemark. Genauere Betrachtungen zeigen, dass es für das Gelingen guter Wirtschaftspolitik vieler glücklicher Umstände bedarf; im einen Fall ist es ein Ölfund, im anderen ein Immobilienboom, im dritten der plötzliche Aufstieg eines Elektronikkonzerns. (Becker/Schwartz 2005) All das lehrt uns, dass es wohl auch in der Ökonomie so etwas wie Modeströmungen gibt — „fads“ und „bubbles“, an die sich nach ihrem Dahinschwinden viele nicht mehr erinnern wollen.

Jedenfalls ist die Marktwirtschaft zum Weltsystem geworden, auch wenn dadurch nicht wirklich Fukuyamas „Ende der Geschichte“ (1992) eingetreten ist. Wenn sogar China im Versuch, seine zweihundert Jahre lang suspendierte Vorherrschaft wiederzuerlangen, die Marktwirtschaft adaptiert, bleiben wirklich kaum noch andere Reservate für kommunistische Lehren übrig als Kuba, und für derlei Relikte hegen wir ja schon beinahe nostalgische Gefühle. Aber es ist andererseits nicht „die“ Marktwirtschaft, die zum Weltsystem geworden ist, es sind tatsächlich unterschiedliche Varianten der Marktwirtschaft. Nur in den reinen theoretischen Modellen der Ökonomie können diese Unterschiede eingeebnet werden. In der westlichen Welt werden im einfachsten

Fall der angelsächsische und der europäische Wirtschaftsstil<sup>5</sup> unterschieden, im komplizierteren Fall ist das europäische Modell weiter in mehrere Ländergruppen zu zerlegen. Es ist also nur ein erster Schritt, jene beiden Varianten einander gegenüberzustellen, die man mit den Chiffren „Europa“ und „Amerika“ bedenkt.

Es ist nicht überraschend, dass im weltweiten amerikanischen Imperium (Ferguson 2004) die Vereinigten Staaten die Benchmarks setzen. Das heißt, alles, was dem amerikanischen System nahe kommt, ist gut, und alles, was abweicht, ist europäische Sklerose. Es gibt kräftige Strömungen in den Medien und in den Wissenschaften, in denen diese Botschaft verbreitet wird. Die Antiamerikanisten malen das Gegenbild: Die USA sind das Reich des Bösen, Dramaturgen einer allein für sie vorteilhaften Globalisierung; und sie zwingen ihren Vasallen, Europa inbegriffen, ihr sozioökonomisches Modell auf. Manche pflegen die Welt ja so einzuteilen, in das Reich des Guten und das Reich des Bösen.

## **2.7 Das Auftauchen des Europäischen Modells**

Europa fügt sich schwer in manichäische und dichotomische Schemata der Weltpolitik. Denn nun, in den neunziger Jahren, kommt Europa als Europa stärker ins Spiel – vorerst nicht als Machtfaktor, aber als wirtschaftliche Größe. Der europäische Einigungsprozess, der in kurzer Zeit eine hohe Intensität erlangt hat, lässt die Frage nach dem europäischen Sozialmodell nicht nur als faktische und empirische Frage: Gibt es dieses Modell?, sondern auch als eine normative Frage<sup>6</sup> – mit dem Akzent auf der europäischen Sozialstaatlichkeit – formulieren: Kann es gelingen, ein gemeinsames „europäisches Sozialmodell“ zu entwickeln, wenn man ein solches anstrebt, einen „Sozialraum“ der Union, der die unterschiedlichen Sozialmodelle der Länder zusammenschweißt? Wollen wir das? Sollen wir das? Müssen wir das?

Im Zusammenhang mit dem Erweiterungsprozess, der die Heterogenität der Mitgliedsländer erhöht, wird die Frage noch dringlicher: Kann Europa sein „Modell“ so attraktiv und leistungsfähig machen, dass es zu einer Angleichung der Lebensstandards, einschließlich der sozialpolitischen Standards, in diesem geographischen Raum kommen kann? Wie groß sind die Spielräume für eine nationalstaatliche und für eine europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik? Kann Brüssel so

---

<sup>5</sup> Wenn wir uns auf die einfache Unterscheidung beschränken, so ist es jene zwischen Amerika und Europa, eine Unterschiedlichkeit, die ohnehin im Hintergrund ordnungspolitischer Diskussionen immer gegenwärtig war; wobei allerdings dem amerikanischen Modell zumindest auch Grossbritannien zuzurechnen ist. – Der liberale angelsächsische Wirtschaftsstil bedeutet: eine minimale Rolle des Staates, die Steuerung des Wirtschaftsprozesses durch Kapitalmärkte und Finanzwirtschaft, eine hohe Ungleichheit in Einkommen und Vermögen, ein ungleicher Zugang zu Bildung und Gesundheit, ein bescheidenes Pensionssystem. – Der koordinierte europäische Wirtschaftsstil (die soziale Marktwirtschaft) bedeutet: eine ausgeprägte Rolle des Staates, Finanzierung und Steuerung durch Banken, eine moderate Ungleichheit, ein egalitäres Bildungs- und Gesundheitssystem, eine ausgebaute staatliche Pensionsvorsorge; die Grundidee des Daseinsvorsorgestaates.

<sup>6</sup> Bislang haben wir uns auf einer deskriptiven Ebene bewegt: Gibt es das europäische Modell? Es ist im Grunde auch die Frage nach der Identität Europas: Gehört das Wirtschafts- und Sozialmodell zu den Besonderheiten Europas, oder handelt es sich bloß um eine verspätete oder verzögerte Anpassung an die globale Einheitlichkeit?

etwas leisten, wo es doch zuweilen den Eindruck erweckt, dass es seine adäquate Rolle noch nicht gefunden hat? (Aber wer hat im neuen Europa schon seine Rolle gefunden?) Die Fragen sind so offen wie die Zukunft Europas überhaupt.

### **3 Zur Analyse des Europäischen Sozialmodells**

Das war ein rascher und lückenhafter Durchgang durch mehr als ein halbes Jahrhundert europäischer ordnungspolitischer Ideen, aus denen aber letzten Endes jene Konfiguration erwachsen ist, die man heute als das „europäische Sozialmodell“ anspricht. Damit sind wir bei der Frage angelangt: Lässt sich dieses Modell inhaltlich näher bestimmen? Die divergierenden Auffassungen lauten einerseits: „Es gibt hinreichende Gemeinsamkeiten, ja, es gibt ein europäisches Modell“; und andererseits: „Man darf die gravierenden Unterschiede zwischen den Ländern nicht übersehen; in Wahrheit herrscht große Unterschiedlichkeit“. Es hängt natürlich – um Karl Popper zu paraphrasieren – vom „theoretischen Netz“ ab, das man auswirft, welche Fische man fangen kann. In der Folge geht es zunächst um ein grobes Netz, denn wir wollen ja einen großen Fisch erwischen das heißt, wir werden zunächst versuchen, jene groben Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten, die tatsächlich für die meisten Länder Europas kennzeichnend sind. Natürlich müssen Vorbehalte angebracht werden, wenn man von *einem* „europäischen Modell“ sprechen möchte; eher handelt es sich um ein Bündel aus Gewohnheiten, Werten, Dispositionen, Mentalitäten, Praktiken, Errungenschaften und Hoffnungen. Dieses Bild umfasst eine Gesamtkonstellation, die Familie und Arbeit, Betriebe und Management, Stadt und Bildung, Politik und Werte einschließt. Im Grunde geht es deshalb um einen Vergleich, der alle diese Dimensionen einschließen müsste. Es geht um die alte Idee, dass der Mensch nicht nur Bourgeois, sondern auch Citoyen sei. Es geht um die alte Idee eines klugen Ökonomen namens Adam Smith, dass es das Wesen einer freien, marktwirtschaftlichen Gesellschaft sei, für den Nächsten Sympathie zu fühlen. Es geht um Bindung und Freiheit, um Christentum und Toleranz, um Leistung und Solidarität; letztlich um jene Diskussion, die – aus ganz anderer Perspektive – auch unter dem Titel der „europäischen Identität“, des „Wesens Europas“, geführt wird. Ich möchte auf sechs Kennzeichen hinweisen, mit denen die europäische Eigenart des Öfteren skizziert wird.

#### **3.1 Kategorien des Gemeinwohls**

Das europäische Modell wird in Publikationen bezeichnet als: soziale Marktwirtschaft, aufgeklärte Marktwirtschaft, verantwortete Marktwirtschaft; coordinated capitalism, negotiated capitalism, discursive capitalism, responsible capitalism; als korporatives oder kooperatives Modell; oder als „Sozialinvestitionsstaat“ und dergleichen. Solche Begriffe ruhen auf einem werthafte Untergrund, der besagt: Es gibt so etwas wie ein „Gemeinwohl“. (Schuppert 2002; Alber 2001, 2006) Dieses Gemeinwohl stellt sich einerseits nicht über Planungssysteme her, die eine fatale Neigung

zum Autoritären oder Totalitären aufweisen; ebenso wenig aber stellt es sich allein über „freie Märkte“ her, denn diese kennen Marktversagen und unerfreuliche soziale Asymmetrien. Ein Marktsystem ist wohl die unstrittige Grundlage des Wohlstands, aber der Staat muss über so viel Macht verfügen, dass er das Gemeinwohl auch gegen anderweitige Kräfte (gegen Konzerne, Lobbys und Interessengruppen, gegen kriminelle Banden und Plutokraten) verteidigen kann. Noch kürzer: Der Staat ist ebenso eine Anstalt der *Freiheitsbedrohung* wie eine Anstalt der *Freiheitssicherung*. Zum europäischen Modell gehört die Vorstellung, dass der Staat nicht nur eine beschränkende und bedrohende Anstalt, sondern auch eine *zivilisierende Macht* sein kann.

Märkte bedürfen der Eingrenzung, Hegung und Regulierung: Es muss dieser Idee nach bestimmte Güter und Dienstleistungen geben, die nicht oder nur beschränkt den Angebots- und Nachfrage-mechanismen unterliegen. Es geht dabei nicht um Schlaraffenland-Vorstellungen, nicht um aufgeklärten Paternalismus in allen Lebensbereichen, nicht um eine nostalgische Denunziation einer modernen marktwirtschaftlichen Welt, die ein unvergleichliches Freiheitspotenzial, Reflexionspotenzial und Effizienzpotenzial entfaltet hat; wohl aber geht es um graduelle Dekommodifizierung. Es soll ein Leben außerhalb des „reinen“ Marktes geben.<sup>7</sup> Oder in der berühmten Formulierung von Karl Polanyi (1978): *Die Wirtschaft muss in die sozialen Beziehungen eingebettet sein, nicht die sozialen Beziehungen in das Wirtschaftssystem.*

Das klingt gut, sagt aber noch nicht viel. Im europäischen Modell hat dieses Ziel eine institutionelle Verankerung gefunden; und damit befassen sich die weiteren Kennzeichen der Europäischen Wirtschaftskultur.

### **3.2 Strukturen des Sozialstaats**

Der Begriff des Europäischen Sozialmodells umfasst weit mehr als nur das sozialstaatliche Element, aber natürlich gehört eine weitgefächerte und umfassende *Sozialstaatlichkeit* (Flora/Heidenheimer 1981) zu den entscheidenden Bestandteilen. Sie mildert die Charakteristika einer dynamisch-siegreichen Marktwirtschaft, die Max Weber (1988) als ein „stahlhartes Gehäuse“ beschrieben hat.

---

<sup>7</sup> Dekommodifizierung stellt die Frage: Was ist in welchem Maße ein marktgängiges Gut? Dekommodifizierung liegt dann vor, wenn seine berühmte blutete von einem fünf eine Dienstleistung als "Recht" betrachtet und angeboten wird und wenn eine Person ihr Leben bestreiten kann, ohne auf den Markt angewiesen zu sein. Es handelt sich um keine strikten Alternativen, sondern es geht um den Grad jeweiliger Marktabhängigkeit in Bezug auf unterschiedliche Güter. – Natürlich gibt es auch dabei Übertreibungen. Als *Dekommodifikationismus* kann man die Vorstellung bezeichnen, dass sich die Marktgesetze aufheben oder beliebig verformen lassen; dass der Staat die Wirtschaft beziehungsweise die Arbeitsplätze beliebig steuern und gestalten kann; dass es sich nur um mangelnden politischen Willen handeln kann, wenn die beste aller Welten nicht realisiert wird; dass es immer genug Geld für alle sozialen Anliegen gäbe, wenn man nur den Reichen oder den Konzernen ihr Geld wegnähme... – Die vorherrschende Ideologie ist freilich dem Dekommodifikationismus entgegengesetzt: der *Ökonomismus*. Dabei handelt es sich um die Vorstellung, dass die Marktlogik den Inbegriff von Effizienz und Gemeinwohl darstelle; dass es gut wäre, wenn man möglichst alle Lebensbereiche marktförmigen Prozessen einordnet; dass der Staat fast immer ein Störenfried ist, jedenfalls aber dort, wo er interveniert, zur Ineffizienz beiträgt; dass man dort, wo man keine Märkte einrichten kann, diese wenigstens simulieren soll; dass Marktergebnisse grundsätzlich gerecht und wünschenswert sind...

Diese Sozialstaatlichkeit soll im Grunde alle Bürger umfassen, insbesondere aber für die Bedürftigen der Gesellschaft eine angemessene Teilnahme am gemeinsamen Leben gewährleisten. Es geht dabei um einander ergänzende Komponenten: um eine legitime Risikoverteilung über die Gesellschaft hinweg; um eine Beschränkung der gesellschaftlichen Ungleichheit; um die Beseitigung von Elend, das einer reichen Gesellschaft nicht angemessen ist; um die Verwirklichung einer „sozialen Demokratie“ im Sinne der Realisierung sozialer Bürgerrechte. In Österreich sind diese Anliegen ausgeprägter als anderswo, und es hat sich eine gewisse „wohlfahrtsstaatliche Mentalität“ entwickelt. (Prisching 1996a)

In den letzten zwei bis drei Jahrzehnten allerdings mehren sich Zweifel, ob dieses fabelhafte Modell aufrechterhalten werden kann; zur Gänze sicher nicht: Die dreißigjährige Prosperität (von den fünfziger zu den siebziger Jahren) scheint vorbei: sinkende Geburtenrate und steigende Überalterung; verschärfte globale Konkurrenz mit Billiglohnländern; neue Erwerbslebensläufe; veränderte Familienstrukturen; massive Migrationsprozesse. Es knirscht im Gebälk. Allerdings zeichnet sich die europäische Diskussion allemal dadurch aus, dass es nicht um den radikalen Abbau, das „dismantling of the welfare state“ (Pierson 1997), geht, sondern eher um einen klugen Umbau des „versorgenden“ oder „fürsorgenden Sozialstaates“ zu einem „aktivierenden Sozialstaat.“ (Dingeldey 2006; Pierson 2000)

### **3.3 Strukturen des Konsenses**

In Systemen des „ausgehandelten Kapitalismus“ finden regelmäßige Interaktionen und Verhandlungen zwischen gesellschaftlichen Interessengruppen statt. (Hicks/Kenworthy 1998) Man redet miteinander, man verhandelt, man klärt ab und gleicht ab. Diese Verhandlungen betreffen nicht nur unmittelbare volkswirtschaftliche Parameter, sondern beziehen sich auch auf generelle wirtschaftspolitische Strategien, etwa auf Fragen der Gesundheitspolitik oder der Bildung. Die großen ideologischen Konfrontationen werden dabei ausgespart; hierzulande hatte man seinerzeit, in den formativen Jahren der Sozialpartnerschaft, genug von den großen Gesinnungen und konzentrierte sich auf pragmatische Ziele und Wohlstandswünsche.

Man hatte und entwickelte genug „Sozialkapital“, um das bewerkstelligen zu können. Erst die neuere Diskussion über Governance-Strukturen macht darauf aufmerksam, wie modern diese Formen seinerzeit gewesen sind; denn nun kommt es in vielen globalen und europäischen Bereichen zu einer Auflösung der privaten und öffentlichen Sphären sowie der Abgrenzungen zwischen hoheitlichen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Bereichen; es gibt unterschiedliche Politik-Plattformen, viele Spieler, NGOs, Verhandlungsprozesse, runde Tische... – und diese flexibleren Formen werden hochgelobt. Für die österreichischen Sozialpartner ist das alles Routine.

Was wäre das Gegenmodell zu diesen Verhandlungs- und Konsensstrukturen? Das Gegenmodell kennt eine Vielzahl von Interessengruppen ohne wechselseitige Abstimmung, ein klassisch-pluralistisches System; dieses hat sich immer mit der Vorstellung verbunden, dass sich wesentliche gesellschaftliche Interessen repräsentativ in freien Assoziierungen finden, aus deren Wirken so etwas wie in gemeinsamer Vektor, eine Resultierende, hervorgeht. Vernachlässigt werden dabei unterschiedliche Organisationsfähigkeiten, ebenso die Verknüpfung von Ressourcen und Einfluss, auch die Tendenz zur Plutokratie. Es handelt sich gleichsam um die gesamtgesellschaftliche Veredelung eines Lobbying-Systems.

Österreich als Musterland des Korporatismus — dieser Befund hat auch damit zu tun, dass kleine Länder eine besondere Stabilität und Legitimität brauchen, mehr als hegemoniale Staaten. Die österreichischen Sozialpartner sind an institutionalisierte Verhandlungsprozesse gewöhnt, an Tarifvertraglichkeit, an einen hohen Zentralisierungsgrad der Lohnverhandlungen. Einerseits ergibt dies einen gewissen Druck von Arbeitnehmerseite, die Produktivitätsspielräume auch für Lohn erhöhungen auszunutzen; andererseits ergeben sich auch günstige kollektive Wirkungen, weil Unternehmen sich nicht wechselseitig Arbeitskräfte abwerben oder kleine Gruppen von Fachkräften nicht besondere Zugeständnisse erzwingen.

Es ist kaum zu leugnen, dass dieses System in mancherlei Hinsicht unter Stress geraten ist.<sup>8</sup> Die Organisationen der Arbeitnehmerseite sind in vielen Ländern Europas in Schwierigkeiten, aus manchen Gründen: durch eine größere Differenzierung der Arbeitsmärkte, durch den Aufstieg der Dienstleistungsgesellschaft, durch die Reduzierung staatlicher Eingriffsbereiche in das Wirtschaftsleben (Privatisierung und Deregulierung), von spezifischen Ungeschicklichkeiten abgesehen. Im Vereinten Europa sind die Zwänge vollständig offener Märkte zu berücksichtigen, der Wegfall einer nationalstaatlichen wirtschaftspolitischen Steuerung. Gewisse Tendenzen zur Erosion der überkommenen industriellen Beziehungen bestehen, auch wenn gerade die informellen Beziehungen in vielen Ländern noch stark und tragfähig sind.

### **3.4 Strukturen des Arbeitsmarktes**

Arbeitsmarkt ist nicht gleich Arbeitsmarkt. Der Arbeitsmarkt in den europäischen Ländern kommt den Arbeitnehmern entgegen, weil er im Vergleich mit den angelsächsischen Ländern kürzere Arbeitszeiten, gerechtere Löhne und längerfristige Arbeitsverhältnisse aufweist. Wie in

---

<sup>8</sup> Volker Borschier (2005, 345) kommt in seiner Untersuchung allerdings nur auf geringe Schwächungen des Korporatismus-Grades: „Das Merkmal des ausgehandelten Kapitalismus veränderte sich in reichen Demokratien bei der Betrachtung des Zeitraums 1960-1995, und zwar nach 1973, dem Höhepunkt der keynesianischen Ära. Aber diese Veränderung war insgesamt moderat. Wichtiger ist die Richtung der Veränderung und ob das Ausmaß für alle reichen Demokratien gleich war. Das war nicht der Fall. Eines ist hervorhebenswert: Bei allen angelsächsischen Fällen, die bereits früher eine geringe Ausprägung beim ausgehandelten Kapitalismus aufwiesen, gingen die Werte auf dem Index bis 1995 deutlich zurück. Die Entwicklung bei den übrigen Fällen war hingegen unterschiedlich, insgesamt war bei ihnen nur eine leichte Abnahme der Werte auf dem Index zu verzeichnen.“ (Vgl. auch Borschier 2000, 2002; Borschier u.a. 2004)

den Produktionsstrukturen sind auch die personellen Austauschverhältnisse auf *Längerfristigkeit* hin orientiert.

Europäische Unternehmen arbeiten vorzugsweise mit hochqualifizierten Stammebelegschaften, und sie bieten vielfach technologisch fortgeschrittene Qualitätsprodukte; im angelsächsischen Modell hingegen besteht eine hohe Flexibilität bei den Arbeitskräften, was häufig durch geringere Qualifikation und geringere Loyalität erkauft werden muss. Der Wettbewerb verläuft deshalb im letzteren Fall öfter über Massenproduktion und Preiswettbewerb.

Die Besonderheiten des europäischen Modells geraten allerdings unter Druck, wenn die Voraussetzungen, auf denen sie beruhen, immer weniger gegeben sind: ein kontinuierliches Arbeitsleben, kein Berufswechsel, eine absehbare Karriere, ein traditionelles Familienmodell. Wenn diese Voraussetzungen dahinschwinden, passt alles nicht mehr recht zusammen. Vor allem aber entsteht Druck, wenn auf längere Sicht Massenarbeitslosigkeit erzeugt wird, während die Beschäftigungsentwicklung in amerikanischen Strukturen sich günstiger darstellt.

Es gibt unterschiedliche Vorstellungen darüber, was der Grund für die Arbeitsmarktschwäche in Europa ist: Manche weisen auf Inflexibilitäten hin; aber die österreichische Arbeitsmarktflexibilität liegt beispielsweise im internationalen Vergleich gar nicht schlecht. Manche betonen die Schwäche des Systems für radikale Innovationen, während solide Qualitätsproduktion in etablierten Produktionszweigen sich relativ günstig darstellt; da erhebt sich die Frage nach der Marktgröße. Dritte sehen schlicht ein Nachfragedefizit; und verschiedentlich finden keynesianische Ideen — auf europäischer Ebene — neues Interesse.

Arbeitsmarkt ist auch deshalb nicht gleich Arbeitsmarkt, weil sich das „europäische Modell“ durch besondere Qualifizierungsstrukturen auszeichnet. In Marktsystemen wie den USA und Großbritannien gelten „Lehrlingssysteme“ als altmodisch, der Markt regelt auch Qualifikation und Qualität von Arbeitnehmern. Deshalb hat man mit Handwerkern und Verkäufern in den USA Probleme. Länder wie Deutschland und Österreich hingegen verfügen über Ausbildungssysteme, in denen alte Zunftideen nachwirken, die sich aber für Unternehmen lohnen, die nicht nur eine entsprechende Verpflichtung für die nachwachsende Generation fühlen, sondern die das vermittelte Humankapital auch gemeinsam nutzen. (Sorge 2005; Thelen 2004) Bisläng haben es auch die höheren Stufen des Bildungssystems in Österreich besser zustande gebracht, eine solide Ausbildung auf den jeweiligen Niveaus zu vermitteln, unter zunehmend widrigen Verhältnissen.

Auch im Spiel um die Qualifikation gibt es Veränderungen. Unternehmen scheinen zunehmend unwillig zu sein, die Ausbildungsfunktion wahrzunehmen, ein Problem des Abbaus von Sozialkapital, das in eine unzureichende Produktion von Humankapital umschlägt. Betriebe werden „freerider“: Sie ersparen sich Ausbildung und holen sich das von anderen Betrieben aufgebaute Kapital auf dem Markt; ein Prozess, der sich — spieltheoretisch gesprochen — selbst zerstören

muss. Ähnliche Sorgen gibt es auch auf den höheren Etagen: Es ist etwa ein Irrtum anzunehmen, dass man ein klassisches Universitätssystem für die postmoderne Gesellschaft nicht mehr braucht.

### **3.5 Strukturen der Finanzierung**

Wie beim Arbeitsmarkt gibt es auch wesentliche Unterschiede auf den Kapital- und Finanzmärkten. Im „europäischen Modell“ erfolgt die Finanzierung weitgehend über Bankensysteme, nicht so sehr über den Kapitalmarkt. Es gehört zur europäischen Tradition, dass Großbanken wesentliche Anteile an Industrieunternehmen halten, zu diesen enge Beziehungen aufweisen und sie in ihrer Entwicklung begleiten. Man hat das als „geduldiges Kapital“, als „patient capital“, bezeichnet. (Windolf 2005) Unternehmen und Banken planen gemeinsam die langfristige Entwicklung, sie haben sich über strategische Entscheidungen abgestimmt, man konnte aufeinander auch in schwierigen Lagen vertrauen: eine Konstellation, die eine höhere langfristige Effizienz und Effektivität ermöglicht. Deshalb hat das europäische Modell viel weniger „feindliche Übernahmen“ zu verzeichnen, im Unterschied zu den intensiveren „mergers and acquisitions“ der amerikanischen Wirtschaft. (Tichy 2004)

Der internationale Kapitalmarkt drängt freilich in eine andere Richtung. Seine Regeln verlangen von vielen europäischen Unternehmen, dass sie mit ihren eigenen Unternehmenskulturen brechen. Finanzmärkte werden wichtiger; es gibt das „vagabundierende Kapital“, „shareholder“-Attitüden, die Kurzfristigkeit von Entscheidungshorizonten. Der globale Finanzmarkt entzieht sich jeder Kontrolle durch Nationalstaaten und Aufsichtsbehörden, und er zwingt den wirtschaftlichen Akteuren die Spielregeln des reinen Marktmodells auf. Somit erfolgt auch in Europa ein Rückzug der Banken aus den engen Beziehungen mit den Großunternehmen. Das ist nicht einfach eine Umstellung der Finanzierungsform: Es entwickelt sich ein qualitativ unterschiedlicher Wirtschaftsprozess, je nachdem, ob Eigentümer ein langfristiges Interesse an der Entwicklung eines Unternehmens aufweisen oder bloß auf die nächste Quartalsbilanz schauen.

### **3.6 Strukturen der Produktion**

Europäische Länder, insbesondere Länder wie Deutschland und Österreich, weisen einen hohen Anteil an Kleinunternehmen und mittelständischen Betrieben auf. Amerika ist im Grunde jenes Land, dessen wirtschaftliche Dynamik von Großunternehmen vorangetrieben wird, trotz Silicon Valley. Man hat die europäischen Produktionsstrukturen unterschiedlich beschrieben, von der „flexiblen Spezialisierung“ (Piore/Sabel 1984; Kern/Schumann 1986) bis zur diversifizierten Qualitätsproduktion (Sorge 2005; Streeck 1992). Vor allem hat das neue Produktionssystem auch damit zu tun, dass sich der Staat aus konkreten Prozessen vielfach zurückzieht, also Wirtschaftspolitik nicht mehr ausschließlich als System huldvoller Geschenkverteilung (Tschebull 1998) versteht.

Die wirklich wichtigen Fragen lassen sich freilich nicht beantworten: Fragen nach der Größe des internationalen Marktes für bestimmte hochtechnologische Nischenprodukte und hochwertige Qualitätsgüter; Fragen nach der zunehmenden Vernetzung von Produktionsstrukturen, nach dem höheren Anteil von zugelieferten beziehungsweise importierten Vorprodukten; Fragen danach, welche hochtechnologische Produktion in Ländern wie Österreich verbleiben kann, wenn asiatische Aufsteiger als Billiglohnländer sich auch dieses Segments bemächtigen; und vieles andere.

## **4 Das Europäische Sozialmodell und sein Gegenmodell**

Unsere Zwischenresümee lautet: Es gibt unterschiedliche Kapitalismen; und ein Bündel von ihnen lässt sich unter dem Begriff des „europäischen Sozialmodells“ zusammenfassen. Diesem Modell stehen andere entgegen; der deutsche Wirtschaftshistoriker Werner Abelshausen (2003) hat treffend von einem „Kulturkampf“ gesprochen, nicht gerade von einem dramatischen „clash of civilizations“ (Huntington 1996), aber von einem „clash of economies“. (Vgl. Esping-Andersen 1999, 2002; Goodin u.a. 1999)

### **4.1 Europäische Variationen**

Die Diskussion über die „Variationen des Kapitalismus“ (Nolan 2006; Schmid 202; Tomka 2003) hat inzwischen eine ganze Reihe von Studien hervorgebracht. Die Grundidee ist: Die Volkswirtschaften der entwickelten Länder lassen sich nach Idealtypen oder Clustern ordnen. (Lehmbruch 2006) Bei der Typenbildung und bei der Zuordnung der Länder herrscht unter den Sozialwissenschaftlern weitgehend Einigkeit.

Gosta Esping-Andersen (1990) hat drei Typen unterschieden: die korporatistischen kontinental-europäischen Länder, die sozialdemokratischen skandinavischen Länder und die liberalen angelsächsischen Länder. — Eine dichotomische Unterscheidung hat Michel Albert (1992) getroffen, in seinem Buch „Capitalisme contre capitalisme“, in dem er dem angelsächsischen Stil den „rheinischen“ Kapitalismus gegenüberstellte (vgl. auch Abelshausen 2006), wobei er insofern seinem geographischen Begriff relativ frei umgegangen ist, als das Geltungsgebiet des „Rheins“ letzten Endes bis tief in die Schweiz und nach Österreich, aber sogar bis nach Japan reichte. — Peter Hall und David Soskice (2001) haben die Triade wieder vereinfacht, sie haben ganz einfach die „liberalen Marktgesellschaften“ den „koordinierten Marktgesellschaften“ gegenübergestellt. — Verwandt sind Diskussionen über „Produktionsregime“ oder „nationale Innovationssysteme“.

Diese Studien waren auf die wirtschaftlich wichtigsten Akteure konzentriert, aber es gab einige weitere Staaten, zunehmend auch Mitgliedsländer der Europäischen Union, die sich in diese Schemata nicht einordnen ließen. Mit einem etwas erweiterten Blick können wir eine weitgehend unstrittige Zuordnung der Länder in der folgenden Weise vornehmen. Die liberalen angel-

sächsischen Länder sind die USA und Großbritannien. Die skandinavischen Staaten schließen Dänemark, Finnland und Schweden ein. Die kontinentaleuropäischen Länder bestehen aus Deutschland, Frankreich, Belgien und Österreich. Als vierte Gruppe finden wir die südeuropäischen Sozialsysteme (Ferrera 1996 und 2000), die mediterranen Länder, deren Sozialsysteme weniger umfangreich sind; das sind Griechenland, Italien, Portugal und Spanien). Die neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, also die postsozialistischen Länder, die Transformationsländer, müssen als eine besondere fünfte Gruppe betrachtet werden. (Götting 1997) In den Zeiten der Globalisierung wanderte der Blick auch über Europa hinaus, und die ostasiatischen „Aufsteiger“ wurden in einer sechsten Gruppe zusammengefasst. (Goodman/Peng 1996; Rieger/Leibfried 1999). Luxemburg und die Niederlande sind schwer zuzuordnen und bilden in manchen Untersuchungen eine siebte Gruppe.

Natürlich kann man auch an diesen Typen herumrörgeln; und im Grunde soll nicht bestritten werden, dass jedes Land eine eigene Konfiguration darstellt, auch dass es sich nicht immer um bewusste – kluge oder weniger kluge – Wirtschaftspolitik handelt, sondern oft auch um Zufälle. (vgl. dazu Becker/Schwartz 2005) Aber die genannten Typen stellen brauchbare Vereinfachungen dar.

## **4.2 Das amerikanische Gegenbild**

Bilder brauchen Gegenbilder. *Omnis determinatio est negatio*: Um zu beschreiben, was man ist, muss man sagen, was man nicht ist. Im einfachsten Fall gewinnt das Bild des europäischen Sozialmodells dadurch Konturen, dass es sich von einem amerikanischen Gegenmodell absetzt. (Kenworthy 1999) Europa hält ja einen hohen Anspruch aufrecht: eine marktwirtschaftliche Dynamik zu erzeugen, die jener in den USA gleichwertig ist; eine Gesellschaft umfassender Lebenschancen und Freiheiten zu gestalten, aber in einem höheren Maße als die USA auch soziale Integration zustande zu bringen, beruhend auf sozialer Gerechtigkeit und förderlich für Bindungen zwischen den Menschen.

Es sind die simplen Rubrizierer der Welt, die einen transatlantischen Vergleich gleich vorsorglich in die Kategorie des *Antiamerikanismus* verweisen. Eher unbekannt ist, dass die Mehrheit der amerikanischen Elite das europäische Modell genauso deutlich ablehnt wie viele Europäer das amerikanische Modell, ohne dass in diesem Fall von einem problematischen Antieuropäismus gesprochen wird.<sup>9</sup>

---

<sup>9</sup> Hartmut Kaelble vermerkt: Die Debatten über das europäische Sozialmodell, seine Errungenschaften und Belastungen wurden auf verschiedenen Kontinenten geführt. „Einerseits fanden sie unter Europäern statt, die seit den 1960er Jahren, seit der Entstehung des modernen Wohlfahrtsstaates in Europa, die öffentliche soziale Sicherung als eine Besonderheit Europas anzusehen begannen. Oft wurde darauf hingewiesen, dass in Europa das soziale Netz dichter war und Armut seltener vorkam als in den USA. Europäer identifizierten sich häufig mit dieser Stärke ausgebauten staatlichen sozialen Sicherung in Europa, während ihnen deren Ablehnung durch eine Mehrheit der amerikanischen Elite fremd blieb [...]. Andererseits wurden Debatten über das europäische Sozialmodell auch in Japan, Korea, Aust-

Natürlich haben die europäische und die amerikanische Kultur ihre gemeinsamen Wurzeln, natürlich teilen sie viele Werte und Interessen. Einige europäische Länder sind in bestimmten Dimensionen ziemlich „amerikanisch“. Die Iren nehmen etwa intensiver an Gottesdiensten teil als die Amerikaner, trotz des europäischen Säkularismus; und viele der neuen postsozialistischen Länder ähneln in ihrer Begeisterung für wirtschaftliche Liberalität dem angelsächsischen Modell.

Aber eine marktwirtschaftliche Typenbildung, in der ein europäischer Typus seinen Platz finden kann, muss sich gerade aufgrund der *Ähnlichkeit* mit dem amerikanischen System auseinandersetzen. Europa hat kein Problem, sich von einem islamischen Gottesstaat zu unterscheiden; und es empfindet eine indische, chinesische oder japanische Gesellschaft — auch aus Unkenntnis — als so fremd, dass sich die eigene Identität davon unschwer absetzen kann. Das amerikanische Modell ist gerade aufgrund der engen Verwandtschaft interessant; und natürlich auch deswegen, weil es im Begriffe ist, im Rahmen eines globalen amerikanischen Imperiums zum herrschenden Modell der Weltgesellschaft zu werden

### **4.3 Drei Argumente für Europa**

Es ist nicht nur eine Frage des europäischen Selbstbewusstseins, das europäische Sozialmodell für eine gute Form der Marktwirtschaft zu halten. Es gibt dafür auch handfeste empirische, quantitative Argumente.

Erstens muss man, wie Jeremy Rifkin in seinem Buch über den europäischen Traum (2004) ausführte, die Dimensionen korrekt miteinander vergleichen, also die Vereinigten Staaten von Amerika mit den Vereinigten Staaten von Europa oder umgekehrt einzelne Nationalstaaten der alten Welt mit den „states“ der neuen. Dann stellt man fest, dass die jeweiligen Wirtschaftseinheiten Europas deutlich stärker sind als jene Amerikas, und eine ähnliche Botschaft übermittelt eine genauere Betrachtung der Rankings der großen Firmen. Europa ist wirtschaftlich potent und innovativ, es ist nicht nur ein Nachzügler. (Allerdings gilt das Argument über die richtige Größe der statistischen Einheit auch für Europa; so könnte man etwa die Niederlande mit Bayern vergleichen und sich nicht durch die nationalstaatlichen Statistiken davon abhalten lassen, dem Rätsel regionaler Dynamik nachzuspüren, das wir noch immer nicht besonders gut verstehen.)

Zweitens gilt es, die wirtschaftlichen Statistiken richtig zu lesen oder zu korrigieren. Amerika ist, entgegen dem Image, ohne Zweifel ein Land mit hoher Bürokratisierung und mit ineffizienten öffentlichen Systemen. Beeindruckende Kennzahlen über den Lebensstandard der Einwohner müssten, um nicht Äpfel und Birnen zu vergleichen, die Jahresarbeitszeit berücksichtigen, und bei der Steuerbelastung ist eine Berechnung der privaten Bildungs- und Gesundheitsausgaben

---

ralien, Lateinamerika und Nordamerika geführt.“ In jenen Ländern, wo es keine entsprechenden Ressourcen gab, gab es auch keine Debatte über das europäische Sozialmodell sehr wohl aber gab es solche Diskussionen in wohlhabenden Ländern und Regionen, insbesondere dort, wo nach einer Alternative zum amerikanischen Modell gesucht wurde. (Kaelble 2004, 43f.)

geboten; wenn man die Steuertechniken berücksichtigt, sind auch Sozialausgaben und Staatsanteile diesseits und jenseits des Atlantiks nicht mehr so unterschiedlich, allerdings bei viel schlechterem Output in den USA. Es ist aber nicht sonderlich interessant, wie es den Paris Hiltons eines Landes geht, sondern wie es beispielsweise einem Medianbürger oder einer Medianbürgerin geht. Jüngste Studien (aus dem Wissenschaftszentrum Berlin) ergeben, dass Amerika nicht einmal eine höhere Einkommensmobilität aufweist als europäische Länder (Gangl 2004)<sup>10</sup>; das heißt: selbst die Erzählung „vom Tellerwäscher zum Millionär“ findet eher in Europa statt. Selbst Europophile hätten das nicht ohne weiteres zu behaupten gewagt.

Drittens gibt es unstrittige Asymmetrien bei vielen Sozialindikatoren, also jenen Daten, welche die Lebensqualität beschreiben, und diese Asymmetrie geht durchwegs zu Lasten Amerikas aus: Lebenserwartung und Kindersterblichkeit, medizinische Versorgung, durchschnittliche Bildungsqualität, Kriminalität, der Zerfall der Städte, die Effizienz des Energieverbrauchs, der Zustand der öffentlichen Verkehrssysteme, die Polarisierung von Einkommen und Vermögen, Abfallbeseitigung, Schutz der privaten Rechte, ein schlechtes Zahlungs- und Bankensystem, und vieles andere. Die wirtschaftliche Dimension ist nur ein Element der Lebensqualität, aber um Lebensqualität geht es letzten Endes. Wenn man den gesellschaftlichen Gesamtzustand betrachtet, würden nur wenige, welche die europäischen und amerikanischen Verhältnisse kennen, zu Gunsten der USA votieren. Es lebt sich gut in Europa, mit dem „europäischen Sozialmodell“.

## 5 Schlussbemerkungen

Die Unterscheidung zwischen dem angelsächsisch-amerikanischen und dem europäischen Modell lässt es erstens als gerechtfertigt erscheinen, die Existenz eines „europäischen Sozialmodells“ anzunehmen, auch wenn dieses wieder innere Differenzierungen aufweist. (Falkner 1998) Das

---

<sup>10</sup> Markus Gangl kommt in seiner empirischen Untersuchung von zwölf entwickelten Ländern zum folgenden Schluss. Wie in allen entsprechenden Studien ist festzustellen, dass die Einkommensverteilung in den USA deutlich ungleicher ist als in den meisten europäischen Ländern; das gilt für jeden Zeitpunkt, es gilt auch für einen Mehrjahreszeitraum. Es herrscht auch Einkommensdynamik, allerdings folgt daraus nicht, „dass die Persistenz ungleicher Lebensverhältnisse in den USA wesentlich geringer wäre als in den europäischen Gesellschaften. Ganz im Gegenteil, das Ausmaß, in dem Einkommensungleichheiten im Querschnitt durch Einkommensmobilität über die Zeit nivelliert werden, erweist sich für die zwölf hier untersuchten Länder als weit gehend ähnlich. Wenn überhaupt, dann zeichnen sich die USA im Vergleich zu den meisten europäischen Ländern sogar durch eine eher wenig egalisierende Wirkung von Einkommensmobilität aus.“ Für die neunziger Jahre ergibt sich der Befund: „Die Sozialstruktur in vielen europäischen Ländern ist dadurch geprägt, dass gerade den unteren Einkommenschichten überproportional hohe Einkommenszuwächse ermöglicht werden, während die obersten Einkommenschichten eher leicht unterdurchschnittlich an der wirtschaftlichen Entwicklung partizipieren. Genau dieses legalisierende Moment der sozialen Struktur fehlt in den USA völlig. Die empirischen Daten belegen eindeutig, dass in den 1990er Jahren dort eben nicht die einkommensschwachen, sondern vor allem die einkommensstarken Haushalte und Personen hohe Einkommenszuwächse realisieren konnten. Die egalisierende Wirkung der Mobilität fällt in den USA also deshalb so schwach aus, weil sie allein der hohen Instabilität der Einkommen, d.h. der Nivellierung durch transitorische Einkommensfluktuationen geschuldet ist. Ganz im Gegensatz zu den europäischen Gesellschaften zeichnet sich das amerikanische Sozialmodell der 1990er Jahre ansonsten durch eine systematisch polarisierende Sozialstruktur aus.“ (Gangl 2004, 255) Es ist allerdings dieser Analyse hinzuzufügen, dass es Indizien dafür gibt, dass sich auch in Europa in den letzten Jahren gewisse Polarisierungstendenzen durchzusetzen beginnen.

österreichische Modell, in seiner sozialpartnerschaftlichen Ausprägung, ist ein Typus im Rahmen dieses europäischen Modells.

Zweitens gibt es eine Reihe von guten theoretischen und empirischen Argumenten für die Auffassung, dass das europäische Modell eine höhere Lebensqualität zu gewähren imstande ist. Auch wenn Freiheit, Wohlstand und Sicherheit die Möglichkeit eröffnen, eben dieses System immer wieder zu kritisieren – und wir tun das gerne –, wäre es ungerecht, unhistorisch und realitätsfremd, die ungeheuerlichen Errungenschaften des gegenwärtigen Europa zu ignorieren.

Drittens wird die entscheidende Frage sein, ob es im Europäisierungs- und Globalisierungsprozess (Fligstein/Merand 2002; Hay 2006) gelingen kann, diesen Standard auch in den kommenden Jahrzehnten aufrechtzuerhalten. Angesichts der unterschiedlichen Varianten von Marktwirtschaften drängt sich die skeptische Formulierung von John Gray (1999) auf, der befürchtet, dass die schlechten Formen des Kapitalismus die guten verdrängen. Immerhin war das österreichische Modell im Rahmen des europäischen Modells recht erfolgreich, die kleinen Länder haben in den letzten Jahren einen besseren Anpassungsprozess vollzogen als die großen Länder. Das Wirtschaftswunder hat in Wahrheit nie aufgehört; was uns nicht beruhigen soll: Denn selbst Wunder sind zuweilen auf ein bisschen Reform angewiesen.

Viertens gibt es gute Gründe dafür anzunehmen, dass das europäische Modell insofern nicht nur eines der Vergangenheit ist, als es auch gegenwärtig eine Gesellschaft mit höherer Lebensqualität hervorbringt als das konkurrierende angelsächsische Modell.<sup>11</sup> Alle empirischen Studien sind eindeutig: „Systeme des ausgehandelten Kapitalismus oder des demokratischen Korporarismus waren eine Quelle guter wirtschaftlicher Leistungen über die letzten Jahrzehnte.“ (Bornschiefer 2005, 350; Wilensky 2002, 482). Für Stabilität und Sozialstaatlichkeit musste auch keineswegs eine niedrigere Wachstumsrate in Kauf genommen werden. (Hicks/Kenworthy 1998; Garrett 1998; Lijphart 1999; Wilensky 2002) Europa bringt eine erfolgreiche Technologiepolitik zustande, in vielen Bereichen mit Spitzenleistungen. Es ist der einzige Platz, an dem versucht wird, über die klassischen politischen Modelle des 19. Jahrhunderts, nämlich die Modelle des Nationalstaates und des Imperiums, hinauszugehen und innovative wirtschaftlich-politische Konstruktionen auszuprobieren, sui generis, die möglicherweise den Bedingungen der Globalisierung besser angepasst sind: ein Experimentierfeld mit Fortschritten und Rückschlägen. Europa hat die Fähigkeit bewiesen, wirkungsvolle Institutionen zu schaffen, die gesellschaftliche Integration – Vertrauen und Soziabilität (Fukuyama 1995) – hervorbringen, es hält in turbulenten Zeiten ein hohes Aus-

---

<sup>11</sup> Viele Vertreter des amerikanischen Imperiums bringen ihr Selbstbewusstsein zum Ausdruck, trotz der Börsenkrisen, der Betrugsskandale, einer Reihe schlechter wirtschaftlicher Indikatoren und einer zerfallenden Gesellschaft. In den USA wird es auch häufig genug gesagt, und die Mehrheit der Menschen ist davon zutiefst überzeugt: America is the greatest country of the world. In Europa ist es oft schwierig, die Motive der Abgrenzungsbemühungen gegenüber den Vereinigten Staaten ausfindig zu machen; denn oft handelt es sich um eine Mischung aus Minderwertigkeitskomplex und Überheblichkeit. Charakteristisch ist allerdings, dass Äußerungen, denen zufolge das eigene Modell eindeutig vorzuziehen ist, im Sinne von: Europe is the greatest country of the world, als unreflektierter Anti-Amerikanismus eingestuft wird. Europäer oder Österreicher dürfen nicht selbstbewusst sein.

maß an gesellschaftlicher Integration aufrecht, mit unvergleichlichen Sozialindikatoren: ein Territorium, welches den höchsten Lebensstandard der Welt aufweist. (Ulrich 2002)

Fünftens entkommt man der Feststellung nicht, dass dieses Modell gefährdet ist, trotz seines Erfolges. Den abendländischen Wurzeln ist eine Art von Standardmodell eines modernen, akzeptablen Staates entsprungen, in unterschiedlichen Ausprägungen, aber mit Prägekraft für die ganze Welt. Man hat eine Zeitlang vermuten können, dass der europäische Sozialstaat der dritte Exportartikel für den Rest der Welt sein könnte, nach dem modernen Nationalstaat und der Industrialisierung. (Puhle 2005). Doch in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten hat sich die globale Attraktivität des „europäischen Modells“ etwas abgeschwächt, das amerikanische Modell hat Reputationsgewinne zu verzeichnen. Insbesondere auch manche postsozialistischen Länder weisen nach der Umwandlung in marktwirtschaftliche Systeme eher Ähnlichkeiten mit dem liberalen angelsächsischen System auf. Es geht nicht immer gute empirische Belege für die Reputation des einen oder anderen Systems.

Es ist nicht ausgemacht, welches Modell sich im Wettbewerb der Ordnungssysteme durchsetzt. Auch auf Gütermärkten ist es nachweislich oft nicht der Fall, dass sich das beste Produkt durchsetzt; es wäre pure Marktideologie, dies zu behaupten. Man kann also Skepsis anmelden, ob das europäische Modell in einer Welt, die zunehmend vom angelsächsischen Modell geprägt ist, bestandsfähig ist: Schließlich gibt es auch unabhängige Prozesse der Amerikanisierung der Gesellschaften, es gibt die Vorherrschaft des „Washington Consensus“, US-Praktiken werden oft ganz selbstverständlich als „best practice“ betrachtet. Das amerikanische Modell könnte zum Standardmodell avancieren, während das europäische als „nicht-liberaler Kapitalismus“ (Streeck/Yamamura 2001) abgetan wird. Insofern geht es auch um die Frage, in welchem Maße es sich die Europäer erlauben können, nach ihren eigenen Regeln zu leben und zu arbeiten, ohne im globalen Zusammenhang (der wiederum durch das amerikanische Imperium in hohem Maße geprägt ist) schwere Nachteile hinnehmen zu müssen. (Bluestone/Harrison 2000) Es ist nicht sicher, ob die Erfolgsgeschichte dieses Modells im 20. Jahrhundert auch durch eine solche im 21. Jahrhundert vervollständigt werden kann. Aber das gilt für das amerikanische Modell ebenso.

## Literatur

- Abelshauer, Werner 2003: Kulturkampf. Der deutsche Weg in die Neue Wirtschaft und die amerikanische Herausforderung, Berlin: Kadmos.  
Abelshauer, Werner 2004: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, München: Beck.

- Abelshauer, Werner 2006: Der »Rheinische Kapitalismus« im Kampf der Wirtschaftskulturen, in: Berghahn/Vitols 2006, 186-199.
- Alber, Jens 2001: Hat sich der Wohlfahrtsstaat als soziale Ordnung bewährt?, in: Mayer 2001, 59-111.
- Alber, Jens 2006: Das „Europäische Sozialmodell“ und die USA, *Leviathan* 34, 2.
- Albert, Michel 1992: *Kapitalismus contra Kapitalismus*, Frankfurt-New York: Campus.
- Baethge, Martin 2001: Die Zukunft der Arbeit und das europäische Sozialmodell, Manuskript ([www2.renner-institut.at/download/texte/baethge.pdf](http://www2.renner-institut.at/download/texte/baethge.pdf))
- Becker, Uwe/Schwartz, Herman (Hg.) 2005: *Employment 'Miracles'. A Critical Comparison of the Dutch, Scandinavian, Swiss, Australian and Irish Cases versus Germany and the US*, Amsterdam.
- Berghahn, Volker R./Vitols, Sigurt (Hg.) 2006: Gibt es einen deutschen Kapitalismus? Tradition und globale Perspektiven der sozialen Marktwirtschaft, Frankfurt a. M.-New York: Campus.
- Bluestone, Barry/Harrison, Bennett 2000: *Growing Prosperity. The Battle for Growth with Equity in the 21<sup>st</sup> Century*, New York (dt. Ausgabe: *Geteilter Wohlstand. Wirtschaftliches Wachstum und sozialer Ausgleich im 21. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 2002).
- Bornschieer, Volker 2000: *State-Building in Europe: The Revitalization of Western European Integration*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Bornschieer, Volker 2002: *Weltgesellschaft. Grundlegende soziale Wandlungen*, Zürich: Loreto.
- Bornschieer, Volker 2005: Varianten des Kapitalismus in reichen Demokratien beim Übergang in das neue Gesellschaftsmodell, in: Windolf 2005, 331-371.
- Bornschieer, Volker/Herkenrath, Mark/Ziltener, Patrick 2004: Political and Economic Logic of Western European Integration: A study of convergence comparing member and non-member state, 1980-98, *European Societies* 6, 1, 71-96.
- Chirac, Jacques 1996: Französisches Memorandum für ein europäisches Sozialmodell, abgedruckt in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 41, 632-636.
- Dingeldey, Irene 2006: Aktivierender Wohlfahrtsstaat und sozialpolitische Steuerung, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 8-9, 3-9.
- Esping-Andersen, Gösta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Princeton: Princeton University Press.
- Esping-Andersen, Gösta (1999): *Social Foundations of Postindustrial Economies*. Oxford: Oxford University Press.
- Esping-Andersen, Gösta/Gallie, Duncan/ Hemerijck, Anton M./ Myles, James (2002): *Why We Need a New Welfare State*. Oxford: Oxford University Press.
- Falkner, Gerda (1998): *EU Social Policy in the 1990s: Towards a Corporatist Policy Community*. London: Routledge.
- Ferguson, Niall 2004: *Colossus. The Price of America's Empire*, London u.a.: Lane.
- Ferrera, Maurizio 1996: The Southern Model of Welfare in Social Europe, in: *Journal of European Social Policy* 6, 1, 17-37.
- Ferrera, Maurizio 2000: Reconstructing the Welfare State in Southern Europe, in: Kuhnle, Stein (Hg.): *Survival of the European Welfare State*, London-New York: Routledge, 166-181.
- Fligstein, Neil/Merand, Frederic 2002: Globalization or Europeanization? Evidence on the European Economy Since 1980, *Acta Sociologica* 45, 7-22.
- Flora, Peter/Heidenheimer, Arnold J. (Hg.) 1981: *The Development of Welfare States in Europa and America*, New Brunswick: Transaction.
- Fukuyama, Francis 1992: *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?*, München: Kindler.
- Fukuyama, Francis 1995: *Trust. The Social Virtues and the Creation of Prosperity*, New York: Free Press.
- Gangl, Markus 2004: Wohlfahrtsregime, Einkommensungleichheit und Einkommensdynamik. Europa und die USA im Vergleich, in: Kaelble/Schmid 2004, 239-260.
- Garrett, Geoffrey 1998: *Partisan Politics in the Global Economy*, New York: Cambridge University Press.
- Giddens, Anthony 2006: Die Zukunft des europäischen Sozialmodells ([library.fes.de/pdf-files/id/03600.pdf](http://library.fes.de/pdf-files/id/03600.pdf))
- Goodin. Robert E./Headey, Bruce/ Muffels, Ruud/Dirven, Henk-Jan 1999: *The Real Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Goodman, Roger/Peng, Ito 1996: The East Asian Welfare States: Peripatetic Learning, Adaptive Changes, and Nation Building, in: Esping-Andersen, Gösta (Hg.): *Welfare States in Transition*, Berkeley-London: Sage, 192-224.
- Götting, Ulrike 1997: Die Transformation der Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa: Kontinuität und Wandel der Sozialpolitik in Bulgarien, Polen, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Ungarn, Opladen: Leske & Budrich.
- Gray, John 1999: *Die falsche Verheißung. Der globale Kapitalismus und seine Folgen*, Berlin: Alexander Fest.

- Hall, Peter A./David Soskice 2001: *Varieties of Capitalism: The Institutional Foundation of Comparative Advantage*, Oxford: Oxford University Press.
- Hay, Colin 2006: *What's Globalization Got to Do with It? Economic Interdependence and the Future of European Welfare States*, *Government & Opposition*, 41, 1, 1-22.
- Hicks, Alexander/Kenworthy, Lane 1998: *Cooperation and Political Economic Performance in Affluent Democratic Capitalism*, *American Journal of Sociology* 103, 6: 1631-72.
- Hicks, Alexander/Kenworthy, Lane 2003: *Varieties of Welfare Capitalism*, *Socio-Economic Review* 1, 27-61.
- Hopkin, Jonathan/Wincott, Daniel 2006: *New Labour, Economic Reform and the European Social Model*, *British Journal of Politics & International Relations*, 8, 1, 50-68.
- Huntington, Samuel P. 1996: *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, München-Wien: Europa Verlag.
- Jarausch, Konrad/Siegrist, Hannes (Hg.) 1997: *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945-1970*, Frankfurt-New York: Campus.
- Kaelble, Hartmut 2004: *Das europäische Sozialmodell - eine historische Perspektive*, in: Kaelble/Schmid 2004, 31-50.
- Kaelble, Hartmut/Schmid, Günther (Hg.) 2004: *Das europäische Sozialmodell. Auf dem Weg zum transnationalen Sozialstaat*, Berlin: Sigma.
- Kaelble, Hartmut/Schmid, Günther 2004: *Einleitung: Das europäische Sozialmodell*, in: Kaelble/Schmid 2004, 11-28.
- Katzenstein, Peter J. 1985: *Small States in World Markets: Industrial Policy in Europe*, New York: Cornell University Press.
- Kenworthy, Lane 1999: *Economic Integration and Convergence; A Look at the U.S. States*, *Social Science Quarterly* 80, 4, 858-869.
- Kern, Horst/Schumann, Michael 1986: *Das Ende der Arbeitsteilung?* München: Beck.
- Kriechbaumer, Robert (Hg.) 1998: *Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Die Spiegel der Erinnerung: Die Sicht von innen*, Wien-Köln-Weimar: Böhlau.
- Lamping, Wolfram 2001: *Konjunkturen eines Konstruktes: empirische, normative und integrationspolitische Impressionen des "Europäischen Sozialmodells" - ein Beitrag zur Öffnung der Debatte*, Manuskript ([www.fernuni-hagen.de/poloek/lamping.pdf](http://www.fernuni-hagen.de/poloek/lamping.pdf))
- Lehbruch, Gerhard 2006: *Nationen und Systemtypen in der vergleichenden Politischen Ökonomie*, in: Berghahn/Vitols 2006, 86-95.
- Lehbruch, Gerhard/Schmitter, Phillippe C. (Hg.) 1982: *Pattern of Corporatist Policy-Making*, London-Beverly Hills: Sage.
- Leibfried, Stephan/Pierson, Paul (Hg.) (1998): *Standort Europa. Sozialpolitik zwischen Nationalstaat und Europäischer Integration*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Lijphart, Arend 1999: *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*, New Haven: Yale University Press.
- Lüdtke, Alf/Marssolek, Inge/Saldern, Adelheid von (Hg.) 1996: *Amerikanisierung: Traum und Alptraum im Deutschland des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart: Steiner.
- Mayer, Karl Ulrich (Hg.) 2001: *Die Beste aller Welten? Marktliberalismus versus Wohlfahrtsstaat. Eine Kontroverse*, Frankfurt a. M.-New York: Campus.
- Meißner, Herbert 1969: *Konvergenztheorie und Realität*, Berlin: Akademie-Verlag.
- Nolan, Mary 2006: *„Varieties of Capitalism“ und Versionen der Amerikanisierung*, in: Berghahn/Vitols 2006, 96-110.
- Pierson, Paul (ed.) (2000): *The New Politics of the Welfare State*. Oxford: Oxford University Press.
- Pierson, Paul 1997: *Dismantling the Welfare State? Reagan, Thatcher, and the Politics of Retrenchment*, Cambridge.
- Piore, Michael/Sabel, Charles 1984: *The Second Industrial Divide: Possibilities for Prosperity*, New York: Basic Books.
- Polanyi, Karl 1978: *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen (1944)*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Prisching, Manfred 1996: *Bilder des Wohlfahrtsstaates*, Marburg: Metropolis.
- Prisching, Manfred 1996: *Die Sozialpartnerschaft. Modell der Vergangenheit oder Modell für Europa?*, Wien: Manz.
- Puhle, Hans-Jürgen 2005: *Welfare State Proliferation: Models, Mixes, and Transcontinental Learning Processes*, Manuscript, [www.iisg.nl/ishc/documents/sydney-puhle.doc](http://www.iisg.nl/ishc/documents/sydney-puhle.doc).
- Rieger, Elmar/Leibfried, Stephan 1999: *Wohlfahrtsstaat und Sozialpolitik in Ostasien. Der Einfluß von Religion im Kulturvergleich*, in: Schmidt, Gert/Trinczek, Rainer (Hg.): *Globalisierung. Ökonomische und soziale Her-*

- ausforderungen am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts (Soziale Welt. Sonderband 13), Baden-Baden: Nomos, 413-499.
- Rifkin, Jeremy 2004: *The European Dream. How Europe's Vision of the Future is Quietly Eclipsing the American Dream*, Cambridge: Polity Press.
- Schmid, Josef (2002): *Wohlfahrtsstaaten im Vergleich - Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme*. Opladen: Leske + Budrich.
- Schmitter, Phillippe C. 1974: Still the Century of Corporatism?, *The Review of Politics* 36, 1, 85-131.
- Schmitter, Phillippe C./Lehmbruch, Gerhard (Hg.) 1979: *Trends Toward Corporatist Intermediation*, Beverly Hills.
- Schuppert, Gunnar Folke (Hg.) 2002: *Gemeinwohl - auf der Suche nach Substanz*, Berlin: Sigma.
- Servan-Schreiber, Jean-Jacques 1968: *Die amerikanische Herausforderung*, Hamburg: Hoffmann & Campe.
- Sorge, Arndt 2005: *The Global and the Local. Understanding the Dialectics of Business Systems*, Oxford: Oxford University Press.
- Stephan, Alexander/Vogt, Jochen (Hg.) 2006: *America on my mind. Zur Amerikanisierung der deutschen Kultur seit 1945*, München: Fink.
- Streeck, Wolfgang 1992: *Social Institutions and Economic Performance: Studies of Industrial Relations in Advanced Industrialised Countries*, London-Beverly Hills: Sage.
- Streeck, Wolfgang 1999: *Korporatismus in Deutschland. Zwischen Nationalstaat und Europäischer Union*, Frankfurt-New York: Campus.
- Streeck, Wolfgang/Yamamura, Kozi 2001: *The Origins of Nonliberal Capitalism. Germany and Japan in Comparison*, Ithaca: Cornell University Press.
- Thelen, Kathleen 2004: *How Institutions Evolve: The Political Economy of Skills in Germany, Britain, the United States and Japan*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Tichy, Gunther 2004: What do we know about success and failure of mergers?, *Journal of Industry, Competition and Trade* 1, 4, 347-394.
- Tomka, Bela 2003: *Western European Welfare States in the 20th Century: Convergences and Divergences in a Long-run Perspective*, *International Journal of Social Welfare* 12, 4, 249-260.
- Tschebull, Jens 1998: Erfolg ohne Konzept, in: Kriechbaumer 1999, 605-616.
- Ulrich, Peter 2002: *Der entzauberte Markt. Eine wirtschaftsethische Orientierung*, Freiburg: Herder.
- Weber, Max 1988: *Die Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus (1904/05)*, in: *gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I*, 9. Aufl., Tübingen: Mohr, 17-206.
- Wilensky, Harold L. 1976: *The 'New Corporatism', Centralization and the Welfare State*, London: Sage.
- Wilensky, Harold L. 2002: *Rich Democracies: Political Economy, Public Policy, and Performance*, Berkeley: University of California Press.
- Windolf, Paul (Hg.) 2005: *Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen*, Sonderheft 45 der KZfSS, Wiesbaden: VS Verlag.
- Windolf, Paul 2005: Was ist Finanzmarkt-Kapitalismus, in: Windolf 2005, 20-57.